

Entsorgungspflicht soll 2027 enden

Kreis Ludwigsburg Der Ausschuss für Umwelt und Technik fordert von der Region Stuttgart und dem Kreis Schritte zur Schaffung weiterer Kapazitäten, sodass die Entsorgung nicht allein der AVL obliegt. *Von Jörg Palitzsch*

Die Abfallverwertungsgesellschaft des Landkreises Ludwigsburg (AVL) entsorgt seit dem Jahr 2000 Bauschutt und mineralische Abfälle (verunreinigte Erde) des Verbandes Region Stuttgart (VRS) auf den kreiseigenen Deponien in Horrheim und Schwieberdingen. Bislang erfolgte dies im fünf-Jahres-Rhythmus. Ursprünglich wäre der Vertrag zum Ende des Jahres ausgelaufen. Jetzt läuft diese Entsorgungspflicht, verkürzt auf drei Jahre, nach einem einstimmigen Beschluss des Ausschusses für Technik und Umwelt noch bis Ende 2027. Die Entsorgungspflicht für mineralische Abfälle wird bis Ende 2029 verlängert.

Vor Monaten wollte man die Verträge gar nicht mehr erneuern, jetzt verknüpft die AVL mit dem Beschluss die Erwartung, dass der VRS, als auch die Stadt- und Landkreise im Verbandsgebiet, Schritte zur Schaffung eigener Entsorgungskapazitäten ergreifen. Eine erneute Verlängerung der Übertragung der Entsorgungspflicht vom VRS an die AVL, mit der Folge, dass der AVL allein die Verantwortung der Entsorgung aufgebürdet wird, kommt nicht in Betracht, heißt es klipp und klar.

Verbindliche Übergangslösung

Freilich müsse man sich im Klaren darüber sein, dass von den ersten Planungen eines Deponiestandortes bis zu dessen Inbetriebnahme in der Regel zehn Jahre ins Land ziehen. Der AVL-Aufsichtsrat hat die Geschäftsführung deshalb beauftragt, mit den Partnern nach einer verbindlichen Übergangslösung zu suchen, in der geregelt wird, dass der VRS eine Standortsuche für eine Deponie vorantreibt und auch die anderen Entsorgungsträger mit Deponien im Verbandsgebiet ihre Kapazitäten verstärkt zur Verfügung stellen. Dies erfolgte bislang in wenigen Schritten.



Eine Alternative zur Horrheimer Deponie soll gefunden werden. Der Verband Region Stuttgart muss nun zügig Daten sammeln und nach weiteren Standorten suchen. *Foto: Oliver Bürkle*

So hat der Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Stuttgart (AWS) eine Erhöhung der VRS-Beseitigungsmengen von rund 50.000 auf bis zu 60.000 Tonnen pro Jahr angeboten. Im Rems-Murr-Kreis hat der Entsorgungsträger AWRM (Abfallwirtschaft Rems-Murr) angeboten, mineralische Abfälle, die im Rems-Murr-Kreis anfallen, auf der Deponie Backnang-Steinbach anzunehmen. Darüber hinaus verstärkt die AVL eigene Anstrengungen, Abfälle mit einem entsprechenden Potenzial zu verwerten und nur den zu beseitigenden Restanteil zu deponieren. Alle Maßnahmen würden die Deponiekapazitäten der AVL schonen.

Druck auf VRS hochhalten Im Ausschuss zog sich dann ein Thema wie ein Grundrauschen durch die Diskussion. Mit der Verkürzung der Vertragslaufzeit will man im Landkreis den Druck

Druck auf VRS hochhalten Im Ausschuss zog sich dann ein Thema wie ein Grundrauschen durch die Diskussion. Mit der Verkürzung der Vertragslaufzeit will man im Landkreis den Druck

Druck auf VRS hochhalten Im Ausschuss zog sich dann ein Thema wie ein Grundrauschen durch die Diskussion. Mit der Verkürzung der Vertragslaufzeit will man im Landkreis den Druck

Druck auf VRS hochhalten

Druck auf VRS hochhalten Im Ausschuss zog sich dann ein Thema wie ein Grundrauschen durch die Diskussion. Mit der Verkürzung der Vertragslaufzeit will man im Landkreis den Druck

auf den VRS hochhalten, zeitnah einen Suchlauf für eine Deponie in Gang zu setzen. Dabei könne der Landkreis Ludwigsburg jedoch nicht ausgeschlossen werden, so Rainer Gessler (FW).

Die beschlossene Vorgehensweise sei ohne Alternative, betonte Joachim Kölz von der CDU. Und man müsse die Bürger mit einbeziehen. Ernst-Peter Morlock (SPD) sagte, der VRS habe erst vor einem Jahr erkannt, wie dringend die Forderung nach einer Standortsuche sei, mit der Vertragsverkürzung halte man das Heft des Handels in der Hand. Peter Schimke (LuV) rief dazu auf, immer wieder beim VRS nachzuhaken und den Stand der Dinge abzufragen. Gleichwohl habe sich inzwischen etwas bewegt, wie Gessler feststellte.

Verbindliche Zeitschiene

Der VRS hat unter der maßgeblichen Beteiligung der AVL erste konkrete Schritte und eine verbindliche Zeitschiene für seine verbandsgebietsweite Deponiestandortsuche festgelegt und mit deren Umsetzung begonnen. Zunächst wurde eine Mengen- und Bedarfsprognose in Auftrag gegeben. Die Prognose, die bis November 2024 vorliegen soll, wird dann als Grundlage der Planrechtfertigung für die Errichtung einer neuen Deponie benötigt. Gleichzeitig hat der VRS ein Vergabeverfahren für die Durchführung einer gebietsweiten Deponiestandortsuche eingeleitet. Dazu wird ein Gutachten in zwei Blöcken (Kriterienkatalog und eigentliche Standortsuche) erstellt, das bis zum Jahresende 2025 vorliegen soll.

Gesundheit und Fahreignung

Messe Gesund Leben Bei gesundheitlichen Einschränkungen kann der Führerscheinhalter überprüft werden.

Bietigheim-Bissingen. Sie kommen ungefragt und immer ungelegen: gesundheitliche Beeinträchtigungen und altersbedingte Gebrechen. Im Vordergrund stehen dabei meist die unmittelbaren Auswirkungen der Erkrankung. Manchmal kommt jedoch ein Problem hinzu, an das häufig gar nicht gedacht wird. Erlangt nämlich die Fahrerlaubnisbehörde von gesundheitlichen Einschränkungen oder altersbedingten Gebrechen Kenntnis, gerät oftmals der „Führerschein“ in Gefahr.

Häufig sind gesetzliche Mitteilungspflichten von Behörden und/oder der Polizei der Grund für eine Eignungsüberprüfung, etwa aufgrund von Auffälligkeiten im Straßenverkehr oder gar aufgrund von Unfällen. Aber auch Mitteilungen aus dem familiären Umkreis oder anonyme Hinweise sind gar nicht so selten.

Erlangt die Behörde erst einmal Kenntnis von angeblichen gesundheitlichen Problemen, muss sie tätig werden.

Hierzu genügt bereits ein entsprechender Gefahreverdacht. Wenn zum Beispiel um fortgeschrittenen Alter die eine oder andere Verkehrsauffälligkeit oder gar Unfälle hinzukommen. Jedoch können Zweifel an der Fahreignung nur dann bestehen, wenn die Verkehrsauffälligkeit oder der Unfall entweder selbst bereits auf altersbedingte Defizite hinweist oder entsprechende Defizite von der Polizei festgestellt werden. Entsprechendes gilt, wenn anderweitig Hinweise hinzukommen, etwa durch die eigenen Angaben zu gesundheitlichen Einschränkungen. In diesen Fällen lassen sich Überprüfungsmaßnahmen häufig nicht vermeiden.

Anwaltliche Hilfe empfohlen Entschließt sich die Behörde dazu die Fahreignung zu überprüfen, wird sie zunächst selbst versuchen weitere Informationen zu bekommen, etwa durch die Vorladung zu einem Gespräch oder die Anforderung von ärztlichen Unterlagen und Attesten. Spätestens jetzt sollte anwaltliche Hilfe in Anspruch genommen werden.

Können Zweifel an der Fahreignung nicht frühzeitig ausgeräumt werden, wird die Behörde bei gesundheitlichen Einschränkungen regelmäßig (fach-)ärztliche Gutachten anordnen. Werden altersbedingte Defizite vermutet, kann auch eine Fahrprobe angeordnet werden. Denkbar sind zudem auch eine neurologische Zusatzuntersuchung beziehungsweise eine leistungspsychologische Begutachtung. Vom Ergebnis hängt dann ab, ob die Fahrerlaubnis belassen wird.

Volker Benzinger, Fachanwalt für Verkehrsrecht/Cavada und Partner

Zeitungen, und Prospekte

Aktion Akkordeonverein sammelt in Ingersheim wieder Altpapier.

Ingersheim. Der Akkordeonverein Ingersheim sammelt am Samstag, 19. Oktober, wieder Altpapier. Die Einwohner von Groß- und Kleiningersheim werden gebeten, Zeitungen, Zeitschriften und Prospekte bis spätestens 8.30 Uhr gut sichtbar am Straßenrand abzulegen, so die Mitteilung des Vereins.

Es wird gebeten, Kartons nur als Umverpackung für das Altpapier zu verwenden und keine zusätzlichen Kartonagen hinzuzustellen. Außerdem bittet der Verein darum, keine klebegebundenen Druckerzeugnisse wie Kataloge, Telefonbücher oder Bücher in die Bündel zu packen.

Die Straßen werden bei jedem Wetter abgefahren, ebenso die Aussiedlerhöfe, versichert der Verein. Wer möchte, kann das Altpapier auch bis 13 Uhr beim Parkplatz im Fischerwörth abliefern. *bz*

60 Absolventen sind bereit für die Pflege

RKH Ihren Abschluss erhielten kürzlich Schüler der Berufsfachschule für Pflege.

Kreis Ludwigsburg. Die Berufsfachschule für Pflege der RKH Kliniken Ludwigsburg-Bietigheim ist eine der größten Pflegeschulen im Großraum Stuttgart mit Standort im Salamander-Areal in Kornwestheim. Vor Kurzem wurde mehr als 60 Absolventinnen und Absolventen zum bestandenen Pflegeexamen gratuliert, die einen der angebotenen Ausbildungsgänge erfolgreich durchlaufen haben, so die Mitteilung der RKH Gesundheit.

Die Absolventinnen und Absolventen wurden in einem feierlichen Rahmen gewürdigt. Die Redner honorierten durchweg die sehr guten Leistungen und das Engagement für den Pflegeberuf. Anne Matros, Regionaldirektorin, Jens Bürkle, stellvertretender Pflegedirektor, Mirjam Trölenberg, Fachbereichsleitung für Pflegefachpersonen in Anerkennung und der stellvertretende Schulleiter Tobias Brachten ihren Stolz zum Ausdruck und forderten die Absolventinnen und Absolventen auf, den Pflegeberuf nach innen und außen zu vertreten und Karrieremöglichkeiten in der Pflege zu nutzen.



Grund zu feiern hatten die Absolventinnen und Absolventen der Berufsfachschule für Pflege der RKH Kliniken Ludwigsburg-Bietigheim. *Foto: RKH Gesundheit/Benjamin Stollenberg*

Unterstützung für Azubis 21 Belobigungen und elf Stipendienempfehlungen konnten an der Absolventenfeier ausgehändigt werden. Im Anschluss an den Programmteil der Veranstaltung gab es ein fröhliches Beisammensein mit der Familie und den Freunden, die die Absolventinnen und Absolventen in den Ausbildungsjahren unterstützt haben. Den Absolventinnen und Absolventen und deren Angehörigen standen

der Stolz und die Erleichterung in den Gesichtern, so die Mitteilung. „Die zukünftigen Pflegenden können ihr pflegerisches Handeln nun professionell gestalten und dem Pflegeberuf ein modernes innovatives Gesicht geben“, so die Schulleiterin Ursula Palmer. *bz*

der Stolz und die Erleichterung in den Gesichtern, so die Mitteilung. „Die zukünftigen Pflegenden können ihr pflegerisches Handeln nun professionell gestalten und dem Pflegeberuf ein modernes innovatives Gesicht geben“, so die Schulleiterin Ursula Palmer. *bz*

Kreisverwaltung: Bilanzgewinn verbleibt bei der AVL

Kreis Ludwigsburg. Wohin mit den 5,2 Millionen Euro Bilanzgewinn, den die AVL GmbH in ihrem Jahresabschluss ausweist? Vor dieser Frage standen die Mitglieder des Ausschusses für Umwelt und Technik des Kreistags in ihrer jüngsten Sitzung.

In dem Beschlussvorschlag der Verwaltung war der Gewinn für den Landkreis vorgesehen, was der Ausschuss in der Sitzung jedoch ablehnte. Nun wird der Gewinn bei der AVL belassen, die Argumente dafür überwogen.

Ein Grund ist ein Gutachten für die Nachsorge der De-

ponien, dessen erforderlichen Finanzmittel noch nicht exakt feststehen. Ein Grund, den Gewinn für den Landkreis vorzusehen, ist die schwierige finanzielle Lage, wie sie im Kreishalt 2025, der am Freitag eingebracht wird, schon erkennbar sei. Dem wollte der Ausschuss jedoch mehrheitlich nicht folgen.

Ein Vorschlag von Ernst-Peter Morlock (SPD), den Gewinn hälftig zu verteilen, fand keinen Anklang. Die AVL sei auch nicht die „Sanierungskuh“ des Landkreises, so Fabian Obenland von den Grünen. „Die fet-

ten Jahre sind vorbei“, stellte Joachim Kölz von der CDU fest.

Die Anmerkung des Kreisrats Morlock, AVL und Landkreis würden sich um die 5,2 Millionen Euro Gewinn streiten, wies Landrat Dietmar Allgaier in der Diskussion zurück.

Man streite sich nicht, es sei nur die Frage, in welcher Schublade des Konzerns der Gewinn verbleibe.

Zudem seien 45 Millionen Euro für die Nachsorge der Deponien bereits gebildet worden. Allgaier: „Die Landkreisverwaltung kann mit beidem leben.“ *itz*

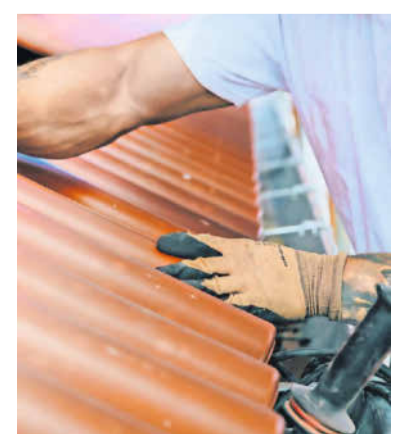
IG BAU fordert acht Prozent mehr für Dachdecker

Kreis Ludwigsburg. Sie steigen den Menschen Tag für Tag aufs Dach – jetzt sollen ihre Löhne mit nach oben klettern: Dachdecker wollen mehr fürs Portemonnaie. Ihre Löhne sollen um acht Prozent steigen. Auch die Azubis und die Angestellten sollen künftig mit einem „kräftigen Plus im Portemonnaie nach Hause gehen“. Das fordert die IG BAU Nordwürttemberg, so die Mitteilung.

„Ein Dachdecker käme dann auf 22,81 Euro pro Stunde. Wenn er Vollzeit arbeitet, hätte er so am Monatsende rund 3.850 Euro auf dem Konto. Für die harte Arbeit, die die Profis bei Wind und Wetter auf den

Dächern im Kreis Ludwigsburg machen, ist das Lohn-Plus fällig“, sagt der stellvertretende Vorsitzende der IG BAU Nordwürttemberg, Jürgen Ziegler.

Insgesamt gibt es im Kreis Ludwigsburg nach Angaben der Arbeitsagentur 59 Dachdeckerbetriebe mit derzeit rund 730 Beschäftigten. Aktuell liegt der vorgeschriebene Mindestlohn für Dachdecker nach Angaben der IG BAU Nordwürttemberg bei 15,60 Euro pro Stunde. Ende Oktober kommen die IG BAU und der Zentralverband des Deutschen Dachdeckerhandwerks (ZVDH) zur zweiten Runde der Tarifverhandlungen zusammen. *bz*



Die IG BAU fordert acht Prozent mehr Lohn für Dachdecker. *Foto: IG BAU/Tobias Seifert*